



Kurswechsel

Heft 2/2003

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Neue Formen liberaler Herrschaft

Editorial	3
Joachim Becker Neue Formen liberaler Herrschaft in Europa	9
Siegfried Mattl Informelle Politik und flexible Institutionen. Eine verfrühte Bilanz der österreichischen »Wende-Politik« nach 2000	19
Margareta Kreimer Wahlfreiheit und Chancengleichheit: Frauenpolitik zwischen Familie und Beruf. Frauenpolitik in Österreich – eine »schwierige Geschichte«	27
Ljubomir Bratic Diskurs und Ideologie des Rassismus im österreichischen Staat	37
Aslı E. Odman Verstärkte Wahlverwandtschaft: politischer Islam und militanter Liberalismus in der Türkei. Das Beispiel der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)	49
Thomas Sablowski Der Aufstieg der Rechten in Italien	58
Hans-Jürgen Bieling EU-Liberalismus und Sozialdemokratie	71
Markus Marterbauer Emanzipatorische Wirtschaftspolitik unter neuen Rahmenbedingungen. Gibt es noch Spielräume für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik?	82
Frieder Otto Wolf Sozialliberalismus und grüne Politik – Kritikpotenziale, Komplizitäten und Perspektiven	100
Cyrus Salimi-Asl Italienische Gegenbewegungen	114
Die Autorinnen und Autoren	123

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift *Kurswechsel* ist das Mitteilungsblatt des Vereins »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: »Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.«

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)
A-1015 Wien, Postfach 162
E-mail: beigewum@iname.com
Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax: (43) 01/586 80 70-4

Redaktion

Joachim Becker, Nadja Bergmann, Werner Raza, Christa Schlager, Elisabeth Springler, Beat Weber

Heftredaktion

Joachim Becker, Elisabeth Hammer

Umschlag

Thomas Kussin

Satzbelichtung

VISCOM Ges. f. Mediendesign, Wien

Druck

REMAprint, Wien

Bankverbindungen

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.
Bank Austria AG 684 055 114

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel
© 2003 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis

Einzelheft	Euro 10,50 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	Euro 29,-
StudentInnenabonnement	Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	Euro 36,-

Bestellungen an: **Sonderzahl Verlag / Kurswechsel** Große Neugasse 35, A-1040 Wien
Fax: (01) 586 80 704
E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Die Zeitschrift *Kurswechsel* liegt in folgenden Buchhandlungen auf:

buchhandlung a.punkt – Brigitte Salanda, Fischerstiege 1-7, 1010 Wien
Zentralbuchhandlung, Schulerstraße 1-3, 1010 Wien
Buchhandlung Winter, Landesgerichtstraße 20, 1010 Wien
Buchhandlung Alex Stelzer, Hauptplatz 17, 4020 Linz
Studia Büchershop, Herzog-Sigmund-Ufer 15, 6020 Innsbruck

Die Hefte können darüberhinaus in jeder Buchhandlung bestellt werden.

Editorial

Rom: offene Stadt Ein Feldlager
Auf dem Laufsteg defiliert die Mode
Der Jahrtausendwende Panzerhemden
Für den Beischlaf Zwei Gladiatoren
Kämpfen um den Arbeitsplatz mit Würgegriffen
Eine alte Übung, die Beifall findet
Volker Braun: Lagerfeld

Der Neoliberalismus ist in aller Munde, der Liberalismus nicht. Wir wollen Formen – bewußt im Plural – liberaler Herrschaft sondieren. Das Neue an ihrer Ausprägung ergibt sich in doppelter Weise. Erstens haben sich die Formen der Akkumulation geändert. Nach der Krise des »Fordismus« mit seiner Zentrierung auf den Massenmarkt sind zwei Hauptvarianten der Entwicklungsstrategie in Erscheinung getreten: die exportorientierte Entwicklung und die »finanz-getriebene« rentiersfreundliche Akkumulationsvariante. Beide bedurften zu ihrer Durchsetzung einer neuen Form der Politik in liberalem Anstrich. Für liberale Politik- und Herrschaftsformen hat sich, zweitens, durch die Niederlage des staatssozialistischen Lagers im »kalten Krieg« eine ungewöhnlich günstige Durchsetzungskonstellation ergeben: Einerseits wurde mit dem Ende der Systemkonkurrenz die sozialpolitische Rücksichtnahme auf die abhängig Beschäftigten überflüssig, andererseits können liberale Regierungen nun auch ungestörter gegen missliebige Regime in der Dritten Welt militärisch intervenieren.

Mit dem Ende der Systemkonkurrenz erodierte rasch die sozialstaatlichen Kompromisse teils konservativer Einfärbung – vor allem in Zentraleuropa und Teilen der Dritten Welt – teils sozialdemokratischer Ausprägung – vor allem in Skandinavien. Auch die mit Sozialdemokratie und Konservatismus verbundenen Ideengebäude wurden in randständige Positionen abgedrängt. Der Liberalismus ist zur unangefochtenen Ideologie bürgerlicher Herrschaft geworden (Novosád 2003: 45), was historisch neu ist. Kernelemente der liberalen Ideologie sind die individuelle (wirtschaftliche) Handlungsfreiheit und die Konkurrenz in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Es können idealtypisch zwei Grundformen der neuen liberalen Herrschaft unterschieden werden: der Sozial- und der Autoritärliberalismus. Ihre Wurzeln haben sie in Sozialdemokratie bzw. Konservatismus. Wie Joachim Becker herausarbeitet, haben diese beiden Varianten liberaler Herrschaft eine unterschiedliche soziale Basis und weisen unterschiedliche Konturen gesellschaftspolitischer Programma-

tik auf. Der Sozialliberalismus wird eher von (exportorientierten) industriellen Kapitalfraktionen getragen, die einige Kerngruppen der abhängig Beschäftigten in einen Wettbewerbskorporatismus einbeziehen. Neben der Standortkonkurrenz ist die Chancengleichheit der zweite Kernbegriff des Sozialliberalismus. Die Chancengleichheit ist der seines emanzipatorischen Gehaltes entkleidete und liberal gewendete Rest des sozialdemokratischen Gleichheitsbegriffs. Auch die Frauenpolitik des Sozialliberalismus hat als Kern die Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in der individualisierten Konkurrenz um Arbeitsplätze und Gehälter. In der Frage der Chancengleichheit für In- und AusländerInnen zeigen sich die Sozialliberalen hingegen in den 90er Jahren subtil. Sie entwickeln, wie Ljubomir Bratic aufzeigt, als diskursive Formel »Integration vor Neuzuwanderung«. So sollen die alteingesessenen MigrantInnen in ihren Wettbewerbschancen gestärkt und gleichzeitig vor weiterer »unkontrollierter Zuwanderung« geschützt werden.

Der Autoritärliberalismus stützt sich vor allem auf das Dienstleistungskapital und KleinunternehmerInnen. Ihnen verspricht er bessere Konkurrenzchancen durch Zurückdrängung von Gewerkschaften. Männliche Lohnabhängige versucht er mit dem Versprechen von Schutz vor weiblicher und ausländischer Konkurrenz zu ködern. Den Begriff Frauenpolitik ersetzt er, wie Margareta Kreimer in ihrem Beitrag am österreichischen Beispiel aufzeigt, durch Familienpolitik. Die überkommene Versorgungsehe soll wieder zu Ehren kommen, entsprechend sind Sozialleistungen und Beschäftigungspolitik ausgerichtet. Über Rassismus und Familienkult versucht der Autoritärliberalismus eine klassenmäßig heterogene Allianz zusammenzuhalten. Diese Herrschaftsform setzt stärker als der Sozialliberalismus auf Demokraticabbau, speziell eine Zurückdrängung gewerkschaftlicher Mitsprache. Beide Formen liberaler Herrschaft beinhalten politische und soziale Ausgrenzung, wenngleich in unterschiedlichem Maß und verschiedener Ausformung. Sie bieten breiten subalternen Gruppen materiell nichts. Insofern handelt es sich eher um eine Form der Herrschaft denn der »Hegemonie«. Hegemonie würde nämlich über eine breit akzeptierte gesellschaftliche Leitvorstellung hinaus auch eine materielle Einbindung breiter gesellschaftlicher Gruppen beinhalten (Jessop 1990: 208 f.). Bestenfalls könnte noch von einer »begrenzten Hegemonie« gesprochen werden, »bei der es (wie im Faschismus und Thatcherismus) darum geht, die Unterstützung wichtiger Bevölkerungssektoren zu mobilisieren und die Kosten auf andere Sektoren abzuwälzen« (Jessop 1990: 211). Damit gewinnt das Element des Zwangs gegenüber der Konsensbildung an Bedeutung.

Noch deutlicher wird die mangelnde Hegemoniefähigkeit der liberalen Herrschaft in der Peripherie. Galt noch bis in die 70er Jahre das Versprechen von Entwicklung und künftiger Prosperität in der Dritten Welt, so wird derzeit bestenfalls noch finanzielle Stabilität für die dortigen Oberschichten offeriert. Die Mittelklassen und etablierteren Teile der ArbeiterInnenschaft erfahren in der Regel einen raschen sozialen Abstieg und den Verlust früherer sozialer Absicherung. Potenziell stabilitätsgefährdende Gruppen der Marginalbevölkerung werden, sofern die fiskalischen Mittel reichen, mit gezielter Sozialpolitik ruhiggestellt (Boris 2002: 133 f.). Solche Konstellationen zeichnen sich durch extreme Instabilität aus. Insofern besteht auch ein weitgehender Konsens zwischen Sozial- und Autoritärliberalen. Erstere versuchen allerdings eher über zivile Krisenprävention eine Sta-

bilisierung zu erzielen (sh. z. B. Jakobeit/Weiland 2002), während letztere stärker auf Militärinterventionen, speziell in geopolitisch sensiblen Zonen, setzen. Dies wird besonders deutlich an den US-Militärdoktrinen und der US-Kriegspolitik (sh. Joxe 2002). Überlagert werden die konzeptionellen Differenzen zwischen sozial- und autoritärliberaler Außen- und Militärpolitik noch durch zwischenstaatliche Konkurrenz um Einflusszonen. Hierbei haben die USA einen besonders deutlichen »komparativen Vorteil« im militärischen Bereich, der einer militärischen Absicherung ihrer Vormachtposition Vorschub leistet.

Im Heft konzentrieren wir uns auf neue Formen liberaler Herrschaft speziell in Europa. Hierbei möchten wir uns nicht auf den »schwarz-blauen« Fall Österreichs beschränken. Vielmehr beziehen wir einige Staaten – nämlich Italien und die Türkei – vergleichend mit ein, die einige Gemeinsamkeiten mit Österreich aufweisen: vergleichsweise später Industrialisierungsbeginn, späte Nationalstaatsbildung (um 1860 in Italien, nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich und der Türkei), eine schwächliche Bourgeoisie, Phasen rechtsautoritärer bzw. faschistischer Herrschaft im 20. Jahrhundert sowie klientelistische Legitimierung während des Fordismus.

Die Erosion des fordistischen oder peripherfordistischen Gesellschaftsmodells begann jeweils schon in den 80er Jahren. Doch bremsten die Institutionen des überkommenen Gesellschaftskompromisses die Durchsetzung einer deutlich liberaler konturierten Gesellschaftsordnung. Beim Aufbrechen des Institutionengefüges haben neue oder zumindest außerhalb des fordistischen Kompromisses stehende Rechtsparteien eine wichtige Rolle gespielt. In Österreich und Italien haben speziell die aggressiv wohlstandschauvinistisch und rassistisch auftretenden Formationen der FPÖ und Lega Nord eine Schlüsselrolle bei der Zerstörung bestehender sozialpartnerschaftlicher bzw. parlamentarisch-etatistischer Institutionen gespielt. Doch zeigten sie sich mit ihren führerzentrierten Strukturen, ihrer schwachen Parteiorganisation und heterogenen WählerInnenenschaft als wenig regierungsfähig. Nach der Regierungsbeteiligung stürzten sie bei den Wahlen ab. Als dominanter Teil der parteipolitischen Rechten konnten sich die organisatorisch gefestigteren und erfahreneren Rechtsparteien ÖVP, Alleanza Nazionale und Forza Italia (in der sich auch viele Ex-ChristdemokratInnen finden) durchsetzen. Die neuen Regierungskoalitionen um die ÖVP und Forza Italia haben eine veränderte Form der Staatlichkeit etabliert. In Österreich ist es zu einer Zurückdrängung sozialpartnerschaftlicher Institutionen gekommen. An die Stelle einer politischen Konzentration der Spitzen von Großverbänden sind, wie Siegfried Mattl in seinem Beitrag aufzeigt, informelle Netzwerke der politischen Rechten getreten. In Italien sind sich die drei Rechtsparteien einig in ihrem Vorhaben, das stark parlamentarisch geprägte System mit ausgeklügelten Formen der Kompromißbildung innerhalb der Regierungskoalitionen und zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien, das aus dem Antifaschismus der Nachkriegszeit entstand, in einen »autoritären Etatismus« umzuformen, so Thomas Sablowski in seinem Beitrag. Dabei sei der Rechten gelungen, auch Teile der Gewerkschaften zu kooptieren. Sablowski resümiert für Italien, »dass die Rechte heute über eine starke gesellschaftliche Verankerung verfügt, während diese der Linken weitgehend abhanden gekommen ist.«

In der Türkei wurde die Abkehr von einem binnenmarktorientierten Modell hin erst zu einem export- dann rentiersorientierten Wirtschaftsmodell durch den Militärputsch von 1980 eingeleitet (sh. Ataç 2003). Es erfolgte jedoch kein kom-

pletter Bruch mit dem kemalistischen Etatismus, der sich in der Zwischenkriegszeit herausgebildet und dem Staat eine zentrale Rolle im Akkumulationsprozeß zugemessen hatte. Nicht zuletzt die chronische wirtschaftliche Instabilität hat zur De-Legitimierung der kemalistischen Parteien und Ideologie beigetragen. In einigen Bereichen setzt der Kemalismus darüber hinaus einer liberalen Wirtschaftspolitik Grenzen. Die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) ist als neue nicht-kemalistische Formation entstanden. Sie verbindet diskursiv liberale und islamistische Elemente, wie Aslı Odman in ihrem Beitrag herausarbeitet. Die islamistische politische Bewegung hat historisch vor allem die schwächeren Kapitalgruppen aus Anatolien vertreten. Aktuell hat sie sich an das finanzgetriebene Akkumulationsregime angepasst. Ihre Wählerschaft sucht sie über einen Diskurs einzubinden, dessen Kernelemente der Kampf gegen die Korruption und caritative Wohlfahrtspflege sind. Dieser ist mit dem modischen Weltbank-Diskurs über »Good Governance« und liberale Armutsbekämpfung bestens vereinbar. Als nicht-nationalistische und liberale Kraft ist die AKP auch für westliche Regierungen attraktiv. Fraglich ist allerdings, ob die Partei in der schweren Wirtschaftskrise und angesichts des Krieges an den türkischen Grenze ihren Zusammenhalt und ihre Handlungsfähigkeit bewahren kann (Onur 2003).

Für Österreich vertritt Siegfried Mattl die These, dass die schwarz-blaue Koalition in ihrer ersten Regierungszeit eher die Form als den Inhalt der Politik verändert habe. Die Frage ist, ob dies so bleiben muss. Die Veränderung der politischen Institutionen kann als Voraussetzung einer Veränderung der politischen Inhalte gesehen werden. Als Priorität der schwarz-blauen Regierung zeichnet sich der Abbau der sozialen Sicherung, zunächst bei der Pensions- und Krankenversicherung, ab. Die vorgesehenen tiefen Einschnitte bei der Pensionsversicherung sollen das bestehende Umlageverfahren delegitimieren und so einer Akzeptanz für eine »private« Altersversicherung den Boden bereiten. Sozialabbau gehört auch zu den Prioritäten der italienischen Rechtsregierung, die sich ansonsten bei der Legalisierung bisheriger Wirtschaftsstraftaten (illegale Bautätigkeit, Bilanzfälschung etc.) auszeichnet. Die beabsichtigte Zerstörung des Sozialstaates durch die Rechtsregierungen ist in Italien wie jüngst auch in Österreich zu einem Kristallisationspunkt von Gegenwehr geworden. Hierbei haben in Italien Gewerkschaften, speziell die aus der kommunistischen Tradition kommende CGIL, eine zentrale Rolle gespielt, aber auch die globalisierungskritische Bewegung hat dort mobilisiert. Für die österreichischen Gewerkschaften ist die Organisation aktiver Gegenwehr ungleich schwerer, da sie durch ein organisatorisches und kulturelles Erbe von einem halben Jahrhundert Sozialpartnerschaft geprägt sind. Umso bemerkenswerter ist, dass sich der ÖGB an die Spitze des Widerstandes gegen eine Zerstörung des bestehenden Pensionsversicherungssystems gestellt und erstmals seit Jahrzehnten zu breitflächigen Kampfmaßnahmen aufgerufen hat. Die schwarz-blaue Regierung scheint in der Gewerkschaftsbewegung derzeit ihren Hauptgegner zu erblicken. Dies läßt es wahrscheinlich erscheinen, dass sie in der Konfrontation um die Pensionsversicherung nicht nur versuchen wird, einen Systemwechsel vom konservativen zum liberalen Sozialstaat durchzusetzen, sondern auch die Gewerkschaften nachhaltig zu schwächen.

Die Stärke der Rechten ist Spiegelbild der Schwäche der Sozialdemokratie und der ex-kommunistischen Linken. Der Sozialliberalismus hat in den letzten Jahren

der EU-Politik seinen Stempel aufgeprägt. Dessen Konzept fasst der Marburger Politikwissenschaftler Hans-Jürgen Bicing als »Wettbewerbsfähigkeit plus soziale Kohäsion« zusammen. Es sei gleich in dreifacher Hinsicht gescheitert:

- Die Instrumente des sozialen Ausgleichs hätten sich nicht als »wirksames Korrektiv gegen die Dynamik der neoliberalen Disziplinierung entwickel(t)«.
- Über den Wettbewerbskorporatismus habe keine breitere Legitimationsgrundlage für die sozialliberale Politik geschaffen werden können.
- Ohne materielle Unterfütterung sei der Verweis auf kommunitaristische Gemeinschaftsideale ins Leere gelaufen.

Der Lack am Sozialliberalismus sei ab. In vielen Fällen sind die zeitweise amtierenden sozialliberalen Regierungen wieder abgewählt. An ihre Stelle traten nationalen Rechtsregierungen, die auch auf europäischer Ebene einer Synthese von Marktliberalismus und »Elementen einer repressiven europäischen Staatlichkeit« Vorschub leisten könnten. Die Keimformen einer transnationalen Protestbewegung, die sich »zumindest punktuell diesem autoritär-liberalen Kurs entgegen stemmt«, verfüge nicht über ein »gemeinsames europapolitisches Konzept«.

Für Markus Marterbauer hätte eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik mit emanzipatorischen Ansprüchen sowohl auf der europäischen als auch auf der nationalstaatlichen Ebene anzusetzen. Wirtschaftswachstum sei zentral für eine erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Eine expansive Nachfragepolitik entfalte nur bei europäischer Koordination starke Wirkung. Allerdings setze eine aktive europäische Wirtschaftspolitik institutionelle wie vertragliche Veränderungen voraus. Auf nationalstaatlicher Ebene kämen der Budgetpolitik und dem öffentlichen Sektor die Rolle eines Motors zu. Marterbauer fordert die Verbindung eines Ausbaus öffentlicher Leistungen (speziell in Defizitbereichen) mit Qualifizierungs- und Innovationsmaßnahmen. Emanzipatorische Wirtschaftspolitik könne sich nicht auf die »Schaffung von Arbeit für alle« beschränken, sondern müsse über Arbeitszeitverkürzungen Freiräume schaffen, aber auch Partizipation und Mitbestimmung stärken.

Frieder Otto Wolf leuchtet das Verhältnis von Sozialliberalismus und grüner Politik aus. Die grünen Vorschläge zum Umbau des fordistischen Sozialstaates hätten sich von den Konzepten der »fordistischen Linken« (d.h. sozialdemokratischen und kommunistischen Linken) dadurch unterschieden, »dass sie Gesichtspunkte in die Debatte einführten und in ihren konkreten Vorschlägen berücksichtigten, die bis dahin keine Rolle gespielt hatten«:

- die ökologischen Auswirkungen der fordistischen Sozialstaatlichkeit,
- die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der fordistischen Regulation des Lohnverhältnisses,
- die »kritische Auseinandersetzung mit der konformistischen Kultur des »Normalismus««.

Ab Ende der 80er Jahre sei der kritische Impuls der grünen Kritik vielfach in eine neoliberale Richtung abgelenkt worden. Im Feld der Ökologie wurden die »Wahrheit der Preise« und die »Öko-Steuer« zum Allheilmittel. Den FeministInnen wurde eine radikale Vermarktlichung aller Lebensverhältnisse als Ausweg aus patriarchalischer Normalisierung gepredigt. Und das Freiheitsversprechen wurde auf eine undiskriminierte Marktbeteiligung für alle zurechtgeschnitten. Dieser »paradoxen« Erfüllung grüner Wünsche auf liberale Manier setzt Wolf das Nicht-Abgeholte

und immer noch aktuelle der grünen Kritik der 80er Jahre entgegen. Dies ist erstens ein umfassendes kritisches Ökologieverständnis, das »die Funktionsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht als vorgegebene ‚Sachzwänge‘ anerkennt«. Zweitens geht es um die Neubestimmung des Vollbeschäftigungsbegriffs, der verschiedene Arbeitsformen im Blick hat und ökologische und feministische Sensibilität zeigt. Und drittens sind das Selbstorganisation von unten, genossenschaftliche Initiativen und demokratische Kontrolle von unten.

Cyrus Salimi-Asl skizziert italienische Gegenbewegungen. Als deren HauptprotagonistInnen identifiziert er den linken Teil des Gewerkschaftsdachverbandes CGIL und die Rifondazione Comunista, die ihre Wurzeln in der Kommunistischen Bewegung haben, sowie die Anti-Globalisierungsbewegung. Diese weisen zwar unterschiedliche Organisationskulturen auf, haben aber zu Formen der Kooperation gefunden. Sie geben gesellschaftlicher Unzufriedenheit mit der autoritärliberalen Entwicklung Italiens Ausdruck. »Wenn es gelingt,« so Salimi-Asl, »eine Aktionseinheit zwischen diesen Bewegungen und antagonistischen Parteien wie Rifondazione Comunista herzustellen, besteht eine reale Möglichkeit, die Rechte zu schlagen und sie vor allem in der Gesellschaft zurückzudrängen.« Allerdings müsse hierzu eine Basis gemeinsamer politischer Ziele und Vorstellungen formuliert werden.

Noch sind die Gegenbewegungen in der Phase organisatorischer wie inhaltlicher Formierung.

Joachim Becker, Elisabeth Hammer

Literatur

- Ataç, I. (2003, i.E.): Die Krise der neoliberalen Entwicklungsweise in der Türkei. In: Becker, J. et al. (Hg.): Geld – Macht – Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft. Wien
- Boris, D. (2002): Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung. Hamburg
- Braun, V. (1999): Tumulus. Frankfurt/M.
- Jakobeit, C./Weiland, H. (Hg., 2002): Das »Afrika-Memorandum« und seine Kritiker. Hamburg
- Jessop, B. (1990): State Theory. Putting the Capitalist State in its Place. University Park
- Joxe, A. (2002): L'empire du chaos. Les Républiques face à la domination américaine dans l'après-guerre froide. Paris
- Novosád, F. (2003): Doba X. Eseje o formách politickosti. Bratislava
- Onur, H. (2003): Das türkische Dilemma. In: Sozialismus, Nr. 4, S. 41–43